

LANDRATS-SESSION VOM 18. November 2009

Sitzung des Landrats vom Mittwoch, 18. November 2009, 08.00 Uhr, im Rathaus zu Altdorf

- Vorsitz: Landratspräsident Paul Jans, Erstfeld
- Protokoll: Kanzleidirektor Dr. Peter Huber, Altdorf, und Landschreiber Adrian Zurfluh, Altdorf
- Entschuldigungen: Eugen Jauch, Flüelen
Stefan Kempf, Altdorf
Stefan Tresch, Silenen
Toni Bunschi, Flüelen
Walter Beeler, Schattdorf (Vormittag)
Urs Studer, Bauen (Nachmittag)

Beratungsgegenstände

Siehe Beilage

- 1 Einberufung des Landrats vom 22. Oktober 2009

Geschäfte

1. Neue parlamentarische Vorstösse

Allfällige Einreichung und Begründung neuer parlamentarischer Vorstösse

2. Detailberatung und Beschlussfassung

- 2.1 Planungs- und Baugesetz

Justizkommission und Regierungsrätin Dr. Heidi Z'graggen, Vorsteherin der Justizdirektion, Erstfeld

- 2.2 Referendum gegen den Beitritt des Kantons Uri zur Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik vom 25. Oktober 2007

Bildungs- und Kulturkommission und Regierungsrat Josef Arnold, Vorsteher der Bildungs- und Kulturdirektion, Seedorf

- 2.3 Nachtragskredite V 2009

Finanzkommission und Regierungsrat Dr. Markus Stadler, Vorsteher der Finanzdirektion, Bürglen

3. Schriftliche jährliche Berichterstattung der Kommissionen; mit Diskussion

- 3.1 Interkantonale Geschäftsprüfungskommission des Konkordats über die Fachhochschule Zentralschweiz
- 3.2 Interkantonale Geschäftsprüfungskommission des Konkordats über die pädagogische Hochschule Zentralschweiz
- 3.3 Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH)

4. Parlamentarische Vorstösse

- 4.1 Motion Dimitri Moretti, Erstfeld, zur Einsetzung von gesetzeskonformen Wahlkreisen; Beratung und Beschlussfassung über die Erheblichkeit
- 4.2 Interpellation Markus Holzgang, Altdorf, zur Energiepolitik; eventuelle Beratung
- 4.3 Interpellation Anton Achermann, Seelisberg, zur Gemeinde- und Gebietsreform im Kanton Uri; eventuelle Beratung

5. Personeller Wechsel bei der Staatspolitischen Kommission und bei der Finanzkommission

Antrag der FDP-Fraktion

- Staatspolitische Kommission: Georg Simmen, Realp
- Finanzkommission: Markus Holzgang, Altdorf

6. Fragestunde

Eröffnung der Sitzung

Landratspräsident Paul Jans, Erstfeld, erwähnt verschiedene Anlässe, die er seit der letzten Session besucht hat. Zudem erinnert er daran, dass der Landrat Uri das Städtzürcher Parlament im Rahmen des "Brückenschlags" in zwei Jahren wieder im Kanton Uri empfangen wird. Und schliesslich gibt er bekannt, dass die Mängel der geltenden Geschäftsordnung bei den Fraktionen zurzeit gesammelt und aufgelistet werden. Damit eröffnet er die Sitzung.

Geschäftsliste

Die Geschäftsliste wird genehmigt.

Geschäfte

1. Neue parlamentarische Vorstösse

1.1 Nr. 160 L-151 Motion Kathrin Möhl Ziegler, Altdorf, zu "Alle Unerschulen bieten einen freiwilligen Zweijahreskindergarten an"

Siehe Beilage

2 Text der Motion vom 18. November 2009 mit Begründung

1.2 Nr. 161 L-630 Motion Thomas Arnold, Flüelen, zur Teilrevision des Kantonalen Umweltgesetzes (KUG)

Siehe Beilage

3 Text der Motion vom 4. November 2009 mit Begründung

1.3 Nr. 162 L-720 Motion Alf Arnold Rosenkranz, Altdorf, für eine Standesinitiative gegen 60-Tönnner-Lastwagen

Siehe Beilage

4 Text der Motion vom 18. November 2009 mit Begründung

1.4 Nr. 163 L-720 Interpellation Pia Tresch, Erstfeld, zu "Wer arbeitet an Uris Zukunft mit der Neat?"

Siehe Beilage

5 Text der Interpellation vom 18. November 2009 mit Begründung

Die Erstunterzeichnerin bzw. der Erstunterzeichner begründet den jeweiligen Vorstoss. Die Vorstösse gehen zur Beantwortung an den Regierungsrat.

2. Detailberatung und Beschlussfassung

2.1 Nr. 164 L-150 Planungs- und Baugesetz (PBG)

Siehe Beilagen

6 Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 25. August 2009

7 Antrag der landrätlichen Justizkommission vom 29. Oktober / 4. November 2009

2.11 Eintreten

Alf Arnold Rosenkranz, Altdorf, beantragt, auf die Vorlage einzutreten. Den gleichen Antrag stellen Markus Zurfluh, Attinghausen, Peter Tresch, Göschenen, Daniel Furrer, Erstfeld, und Dr. Toni Moser, Bürglen.

Eintreten wird beschlossen.

2.12 Detailberatung

Beat Arnold, Schattdorf, beantragt, die Vorlage an den Regierungsrat zurück zu weisen mit folgenden Direktiven:

1. *Die Teilrevision des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes muss abgewartet werden.*
2. *Eine künftige Vorlage ist so zu gestalten, dass die Gemeindeautonomie möglichst wenig zusätzlich eingeschränkt wird.*
3. *In einer neuen Vorlage sollen die Kosten für die Totalrevision des Planungs- und Baugesetzes, die für Kanton und Gemeinden entstehen, klar aufgezeigt werden.*

Der Antrag wird mit 40:15 Stimmen abgelehnt.

Artikel 9

Alois Arnold (1965), Bürglen, beantragt, Artikel 9 Absatz 1 mit folgendem Satz zu ergänzen:

Dabei berücksichtigt er die Bedürfnisse der Landwirtschaft gemäss der landwirtschaftlichen Planung.

Der Antrag wird mit 34:21 Stimmen (2 Enthaltungen) angenommen.

Artikel 10

Der Antrag der landrätlichen Justizkommission (JDK) wird mit 40:15 Stimmen angenommen.

Artikel 11, 12 und 13

Gusti Planzer, Bürglen, beantragt, Artikel 11, 12 und 13 ersatzlos zu streichen.

Der Antrag wird mit 35:18 Stimmen abgelehnt.

Artikel 11

Georg Simmen, Realp, beantragt, Artikel 11 folgendermassen zu formulieren:

Der Regierungsrat kann kantonale Nutzungspläne mit Nutzungsvorschriften erlassen, um:

- a) gemeindliche Nutzungspläne aufeinander abzustimmen;*
- b) öffentliche oder im öffentlichen Interesse liegende Bauten und Anlagen, die regionale oder kantonale Bedeutung haben, planerisch zu sichern.*

Der Antrag wird gegenüber jenem der JDK mit 34:22 Stimmen abgelehnt.

In der anschliessenden Abstimmung wird der Antrag der JDK gegenüber der Vorlage des Regierungsrats mit 44:12 Stimmen angenommen.

Artikel 17

Der Antrag der JDK wird angenommen.

Artikel 19

Othmar Zraggen, Attinghausen, beantragt, Artikel 19 zu ergänzen mit folgendem Absatz 3:

³Neue Bauzonen dürfen nur ausgeschieden werden, wenn die Gemeinden mit geeigneten Mitteln (beispielsweise Überbauungsvereinbarungen mit den Grundeigentümern) dafür sorgen, dass dieses Bauland innert nützlicher Frist überbaut wird. Der Landrat erlässt die näheren Bestimmungen in einer Verordnung.

Justizdirektorin Dr. Heidi Z'graggen, Erstfeld, beantragt stattdessen einen neuen Artikel 19a mit folgendem Wortlaut:

Artikel 19a vertragliche Bauverpflichtung

¹Der Gemeinderat kann die Zuweisung von Land zur Bauzone im Rahmen von Artikel 7 von der vertraglichen Zusicherung der Eigentümerin oder des Eigentümers abhängig machen, das Land innert 5 bis 10 Jahren zu überbauen.

²Der Vertrag regelt den Fristenlauf und kann vorsehen, dass bei Nichteinhaltung der Bauverpflichtung das Land durch Feststellungsverfügung des Gemeinderates als ausgezont gilt.

³Die Bauverpflichtung ist als öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung im Grundbuch anzumerken.

Landratspräsident Paul Jans, Erstfeld, unterbricht die Sitzung, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, die neue Situation zu besprechen.

Pia Tresch, Erstfeld, beantragt, den neuen Artikel 19a aufzunehmen aber mit folgenden Änderungen:

¹Der Gemeinderat muss die Zuweisung...

²Der Vertrag regelt den Fristenlauf und muss vorsehen, dass...

Der Antrag Pia Tresch wird gegenüber dem von Justizdirektorin Dr. Heidi Z'graggen, Erstfeld, vorgeschlagenen Artikel 19a mit 35:21 Stimmen abgelehnt.

In der folgenden Abstimmung wird der von der Justizdirektorin vorgeschlagene Artikel 19a gegenüber dem Antrag Othmar Zraggen mit 38:17 Stimmen angenommen.

Gegenüber der ursprünglichen Vorlage wird der neu beantragte Artikel 19a mit 44:11 Stimmen angenommen.

Artikel 20

Dr. Toni Moser, Bürglen, beantragt, Absatz 4 ersatzlos zu streichen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Artikel 23

Der Antrag der JDK wird angenommen.

Artikel 30

Der Antrag der JDK wird abgelehnt.

Artikel 33

Der Antrag der JDK wird gegenüber der Vorlage mit 40:16 Stimmen angenommen.

Artikel 40

Der Antrag der JDK wird gegenüber der Vorlage mit 30:26 Stimmen angenommen.

Artikel 43

Der Antrag der JDK wird angenommen.

Artikel 51 Absatz 3

Der Antrag der JDK wird gegenüber der Vorlage mit 44:13 Stimmen angenommen.

Artikel 51 Absatz 4

Der Antrag der JDK wird angenommen.

Artikel 58

Der Antrag der JDK wird angenommen.

Artikel 59

Der Antrag der JDK wird angenommen.

Artikel 63

Der Antrag der JDK wird angenommen.

Artikel 65

Der Antrag der JDK wird angenommen.

Artikel 76

Thomas Kempf, Seedorf, beantragt, Absatz 1 so zu formulieren:

¹An die fachgerechte Erarbeitung und die Änderung von Nutzungsplanungen leistet der Kanton den Gemeinden 100 Prozent der Planungskosten, die aufgrund des kantonalen Richtplanes erforderlich werden.

Der Antrag wird mit 32:21 Stimmen abgelehnt.

Artikel 77 Absatz 2

Armin Braunwalder, Erstfeld, beantragt, Absatz 2 so zu formulieren:

²Ein Grundstück ist erschlossen, wenn... (unverändert) ...vorhanden sind. Neue Bauzonen nach Artikel 21 bis 28 müssen zum Zeitpunkt der Bebauung mit dem öffentlichen Verkehr und für den Langsamverkehr erschlossen sein. Für bestehende Bauzonen gilt diese Vorschrift, wenn sie mit verhältnismässigem Aufwand realisiert werden kann. Die Regierung bestimmt die Einzelheiten in einem Reglement.

Der Antrag wird abgelehnt.

Artikel 77 Absatz 4

Armin Braunwalder, Erstfeld, beantragt folgenden Wortlaut:

⁴Bei Überbauungen mit intensivem Publikums- oder Güterverkehr muss die Überbauung mit einem öffentlichen Verkehrsmittel erreichbar sein. Die Bauherrschaft beteiligt sich verursachergerecht an den Infrastrukturkosten.

Stefan Baumann, Altdorf, beantragt, Absatz 4 ersatzlos zu streichen.

In der Abstimmung wird der Antrag Armin Braunwalder gegen den Antrag Stefan Baumann mit 29:23 Stimmen abgelehnt.

In der Abstimmung Antrag Stefan Baumann gegenüber der Vorlage wird der Antrag Stefan Baumann mit 28:27 Stimmen angenommen. Damit gilt Artikel 77 Absatz 4 als gestrichen.

Artikel 78

Der Antrag der JDK wird gegenüber der Vorlage mit 38:19 Stimmen angenommen.

Artikel 79

Justizdirektorin Dr. Heidi Z'graggen, Erstfeld, beantragt, statt Artikel 79 Absatz 3 gemäss Vorlage folgenden Text zu beschliessen:

³Mehrfamilienhäuser mit vier und mehr Wohneinheiten und Gebäude mit Arbeitsplätzen ab einer gesamten Nutzungsfläche von mindestens 500 m² sind so zu gestalten, dass sie den speziellen Bedürfnissen von Personen mit Behinderung angepasst werden können.

Die JDK zieht ihren Antrag zugunsten des neuen Antrags zurück. Der neue Antrag wird angenommen.

Artikel 81

Der Antrag der JDK wird angenommen.

Artikel 84

Annalise Russi, Altdorf, beantragt, dem bisherigen Artikel 84 einen neuen Artikel 84 voranzustellen mit folgendem Text:

In Wohnzonen dürfen keine neuen privaten Abstellplätze für Motorfahrzeuge errichtet werden. Die Gemeinden sorgen für flächensparende Quartierparkanlagen. Die Halter und Halterinnen von Motorfahrzeugen bezahlen kostendeckende Beiträge an den Bau und Betrieb dieser Anlagen.

Der bisherige Artikel 84 wird zu Artikel 84a.

Der Antrag wird abgelehnt.

Artikel 84

Dr. Toni Moser, Bürglen, beantragt, einen neuen Absatz 1^{bis} einzufügen mit folgendem Wortlaut:

^{1bis}Bei selbstgenutzten neuen Wohnbauten können Eigentümerinnen und Eigentümer von der Pflicht zur Erstellung von Abstellplätzen für Motorfahrzeuge ausgenommen werden, wenn sie keine Motorfahrzeuge besitzen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Artikel 84

Annalise Russi, Altdorf, beantragt folgenden neuen Absatz 4:

⁴Die Parkfelder von verkehrsintensiven Bauten und Anlagen sind zu bewirtschaften.

Der Antrag wird abgelehnt.

Artikel 90

Der Antrag der JDK wird angenommen.

Artikel 93

Dr. Toni Moser, Bürglen, beantragt folgende Fassung:

¹Bei Bauten und Anlagen am See sind das Seeufer freizuhalten und der öffentliche Zugang und die Begehung zu erleichtern. Grössere Veränderungen an bestehenden Bauten sind nur zulässig, wenn gleichzeitig der öffentliche Zugang zum Seeufer erleichtert wird.

Die bisherigen Absätze 1 und 2 verschieben sich um eine Ziffer.

Der Antrag wird abgelehnt.

Artikel 94

Der Antrag der JDK wird gegenüber der Vorlage mit 34:18 Stimmen abgelehnt.

Artikel 119

Der Antrag der JDK wird gegenüber der Vorlage mit 32:22 Stimmen abgelehnt.

Artikel 122

Der Antrag der JDK wird gegenüber der Vorlage mit 30:24 Stimmen angenommen.

Artikel 124

Roger Gisler, Altdorf, beantragt, Absatz 2 folgendermassen zu formulieren:

²Die Gemeinden haben ihre Nutzungspläne und die damit verbundenen Vorschriften bei der nächsten Revision der Orts- und Zonenplanungen, spätestens aber innert 10 Jahren anzupassen. Bis sie angepasst sind, längstens aber während 10 Jahren, bleiben sie in Kraft.

Der Antrag wird mit 38:19 Stimmen abgelehnt.

Zur Änderung der Verordnung über die Erhebung von Perimeterbeiträgen an Strassen

Die Vorlage wird angenommen.

Landratspräsident Paul Jans, Erstfeld, unterbricht die Sitzung, um den Fraktionen zu ermöglichen, das weitere Vorgehen zu besprechen.

Weiteres Vorgehen

Leo Brücker, Altdorf, stellt folgenden Antrag:

Die Vorlage wird an den Regierungsrat zurückgewiesen mit folgenden Direktiven:

- a) Die vom Landrat in erster Lesung verabschiedete Vorlage ist daraufhin zu prüfen, ob sich durch die beschlossenen Änderungen Widersprüche ergeben haben.*
- b) Die Kostenfolgen, die die Vorlage für die Gemeinden hat, sind aufzuzeigen.*
- c) Artikel 9 und 19a sind den Gemeinden zur Stellungnahme vorzulegen und in der JDK nochmals zu behandeln.*

Der Antrag wird angenommen.

Mit Blick auf diesen Ordnungsantrag verzichtet Landratspräsident Paul Jans, Erstfeld, darauf, die Schlussabstimmung zur Vorlage durchzuführen. Stattdessen wird das Geschäft für eine der nächsten Sessionen nochmals traktandiert werden, um die Detailberatung abzuschliessen und die Schlussabstimmung durchzuführen.

2.2 Nr. 165 L-151 Referendum gegen den Beitritt des Kantons Uri zur Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik vom 25. Oktober 2007

Siehe Beilagen

- 8 Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 27. Oktober 2009
- 9 Antrag der landrätlichen Bildungs- und Kulturkommission vom 22. Oktober 2009

2.21 Eintreten

Marlies Rieder, Altdorf, und Toni Epp, Silenen, beantragen, auf die Vorlage einzutreten.

Eintreten wird beschlossen.

2.22 Detailberatung

Keine Bemerkungen, die zu Beschlüssen führten.

2.23 Beschluss

1. Der Landrat erklärt das Referendum gegen den Beitritt des Kantons Uri zur Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik vom 25. Oktober 2007 als gültig.
2. Der Regierungsrat wird beauftragt, den Beitritt des Kantons Uri zur Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik vom 25. Oktober 2007 dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten.
3. Die Standeskanzlei wird beauftragt, diesen Beschluss im Amtsblatt zu veröffentlichen.

2.3 Nr. 166 L-270 Nachtragskredite V 2009

Siehe Beilagen

10 Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 20. Oktober 2009

11 Antrag der landrätlichen Finanzkommission vom 28. Oktober 2009

2.31 Eintreten

Paul Bennet, Andermatt, beantragt, auf die Vorlage einzutreten.

Eintreten wird beschlossen.

2.32 Detailberatung

Keine Beschlüsse

2.33 Beschluss

Der Landrat beschliesst:

Die zwei vom Regierungsrat beantragten Nachtragskredite im Betrag von Fr. 170'000.-- werden beschlossen.

3. Schriftliche jährliche Berichterstattung der Kommissionen; mit Diskussion

3.1 Nr. 167 L-151 Interkantonale Geschäftsprüfungskommission des Konkordats über die Fachhochschule Zentralschweiz

Siehe Beilage

- 12 Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission zur Hochschule Luzern (HSLU) an die Parlamente der Konkordatskantone 2008 vom 27. Mai 2009

Nach einer Diskussion und Fragen zum Bericht nimmt der Rat den Bericht zur Kenntnis.

3.2 Nr. 168 L-151 Interkantonale Geschäftsprüfungskommission des Konkordats über die pädagogische Hochschule Zentralschweiz

Siehe Beilage

- 13 Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission 2008 vom Juni 2009

Nach einer Diskussion und Fragen zum Bericht nimmt der Rat den Bericht zur Kenntnis.

3.3 Nr. 169 L-102 Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH)

Siehe Beilagen

- 14 Bericht der Geschäftsprüfungskommission 2007 vom 20. August 2008
15 Bericht der Geschäftsprüfungskommission 2008 vom 18. Juni 2009

Nach einer Diskussion nimmt der Rat den Bericht zur Kenntnis.

4. Parlamentarische Vorstösse

4.1 Nr. 170 L-362 Motion Dimitri Moretti, Erstfeld, zur Einsetzung von gesetzeskonformen Wahlkreisen; Beratung und Beschlussfassung über die Erheblichkeit

Siehe Beilagen

- 16 Text der Motion vom 10. Juni 2009
17 Antwort des Regierungsrats vom 20. Oktober 2009

Die Motion wird mit 46:8 Stimmen nicht erheblich erklärt.

4.2 Nr. 171 L-750 Interpellation Markus Holzgang, Altdorf, zur Energiepolitik; eventuelle Beratung

Siehe Beilagen

- 18 Text der Interpellation vom 11. Februar 2009
- 19 Antwort des Regierungsrats vom 27. Oktober 2009

Markus Holzgang, Altdorf, beantragt Diskussion. Diskussion wird beschlossen. Der Rat diskutiert.

Nach der Diskussion erklärt der Erstunterzeichner, er sei von der regierungsrätlichen Antwort befriedigt.

4.3 Nr. 172 L-300 Interpellation Anton Achermann, Seelisberg, zur Gemeinde- und Gebietsreform im Kanton Uri; eventuelle Beratung

Siehe Beilagen

- 20 Text der Interpellation vom 8. April 2009
- 21 Antwort des Regierungsrats vom 29. September 2009

Anton Achermann, Seelisberg, beantragt Diskussion. Diskussion wird beschlossen. Der Rat diskutiert.

Nach der Diskussion erklärt der Erstunterzeichner, er sei von der regierungsrätlichen Antwort teilweise befriedigt.

5. Nr. 173 L-500 Personeller Wechsel bei der Staatspolitischen Kommission und bei der Finanzkommission

Auf Antrag der FDP-Fraktion wird Georg Simmen, Realp, einstimmig als Mitglied der Staatspolitischen Kommission gewählt. Ebenfalls einstimmig wird Markus Holzgang, Altdorf, in die Finanzkommission gewählt.

6. Fragestunde

Es stellten Fragen:

- Pia Tresch, Erstfeld, zum Sparpaket des Bundes (Bedrohung Bus- und Postautonetz)
- Marlies Rieder, Altdorf, zum Terminplan Bericht zur Volksschule 2016
- Anita Schuler, Seedorf, zum Praxisangebot für Assistenzärzte in Hausarztpraxen
- Dr. Toni Moser, Bürglen, zur Impfung gegen Influenza A H1N1 in Uri

- Thomas Kempf, Seedorf, zur Behandlung von anonymen Schreiben in der kantonalen Verwaltung
- Walter Gisler, Erstfeld, zum Alarmierungssystem Mikado

Die zuständigen Mitglieder des Regierungsrats beantworten die gestellten Fragen.

Schluss

Der Landratspräsident dankt für das engagierte Mitdiskutieren und Entscheiden während des heutigen Sitzungstags. Er verweist auf den kulturellen und geselligen Teil am Rande der Dezember-Session, für die der Rat bereits eingeladen wurde. Er schliesst die Sitzung und die Session.

Schluss der Sitzung: 16.50 Uhr

6460 Altdorf, 18. November 2009

Der Präsident:

Der Protokollführer:

21 Beilagen erwähnt